

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss	06.09.2023	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Haushalts- und Stellenplan 2024 für das Rechtsamt

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2027 wie folgt zu beschließen:

1. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppen in 2024

11.01.11 „Recht“ mit
 - ordentlichen Erträgen in Höhe von 934.989 EUR und
 - ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.825.910 EUR

11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“ mit
 - ordentlichen Erträgen in Höhe von 11.472 EUR und
 - ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 143.131 EUR

11.01.63 „Bürgerausschuss“ mit
 - ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 EUR und
 - ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 9.288 EUR

wird zugestimmt.

2. Dem Teilfinanzplan der Produktgruppen in 2024

11.01.11 „Recht“ mit
 - investiven Auszahlungen in Höhe von 1.700 EUR

11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“ mit
 - investiven Ausgaben in Höhe von 500 EUR

11.01.63 „Bürgerausschuss“ mit
 - investiven Ausgaben in Höhe von 0 EUR

wird zugestimmt.

3. Dem Stellenplan 2024 für das Rechtsamt wird unter Berücksichtigung der Veränderungsliste (s. Anlage) zugestimmt.
4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen in 2024

11.01.11 „Recht“

11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“

11.01.63 „Bürgerausschuss“

wird zugestimmt.

Begründung:

Als aktuelle Planwerte werden im Haushaltsplan Erträge und Aufwendungen, sowie die Einzahlungen und Auszahlungen des Jahres 2024 veranschlagt; die mittelfristige Planung umfasst die Haushaltsjahre 2025 bis 2027.

Die Produktgruppen werden im Entwurf des Haushaltsplanes, Band II, auf folgenden Seiten dargestellt:

11.01.11 „Recht“

Seiten 87 - 94

11.01.32 „Datenschutz und Informationsfreiheit“

Seiten 261- 267

11.01.63 „Bürgerausschuss“

Seiten 278 – 282

Bei den o.g. Produktgruppen ergeben sich keine vom Amt geplanten Veränderungen.

Der Stellenplan 2024 ist in Band I dargestellt.

Es ergeben sich eine Einsparung, zwei Mehrstellen und eine Bewertungsänderung (s. Anlage).

Stelle 300 00 130:

Die Stelle wird um 0,2 Anteil reduziert (auf 0,8 Stelle), da die Stelleninhaberin dauerhaft ihre Stunden reduziert hat. Die Einsparung wird zur Deckung des Mehrbedarfs für die neue Stelle 300 00 125 herangezogen.

Stelle 300 00 125:

Durch die Stundenreduzierung bei der Stelle 300 00 130 wird sich die Belastungssituation im Rechtsamt weiter verschärfen. Der reduzierte Stellenanteil kann nicht durch vorhandenes Personal aufgefangen werden.

Die Besetzung einer Stelle für die juristische Sachbearbeitung kann realistischer Weise nur mit einem Stundenanteil von mindestens 0,5 besetzt werden.

Im Übrigen besteht auch ein Personalmehrbedarf für die Aufstockung auf (mindestens) eine 0,5 Stelle im Bereich der juristischen Sachbearbeitung. Seit Jahren besteht hier eine sehr hohe Arbeitsbelastung, die oftmals mit einem extremen Termindruck verbunden ist.

Der juristische Beratungsbedarf wird zudem weiter zunehmen: In den nächsten Jahren werden verschiedene große Projekte (z.B. Schul-, Umwelt- und Verkehrsbereich) durchgeführt, die seitens des Rechtsamtes juristisch begleitet werden. Die wachsende Entwicklung bei der Stadt Bielefeld führt insgesamt bei 300 zu Mehrarbeit.

Die Mehrstelle im Bereich der juristischen Sachbearbeitung ist auf Dauer notwendig, um die Erledigung der wesentlichen Aufgaben im Rechtsamt sicherzustellen. Der erwartete

Beratungsbedarf und die Arbeitsbelastung insgesamt machen deutlich, dass Mehrbedarf für eine 0,5 Stelle, die faktisch nur einer 0,3 Stelle entspricht, besteht.

Stelle 300 00 210:

Stelle 300 00 160:

Aufgrund steigender Arbeitsmehrbelastung im Bereich der Haftpflichtsachbearbeitung hat bereits in den letzten Jahren sukzessive eine Aufgabenverlagerung innerhalb der Stellen 300 00 210, 300 00 150 und 300 00 160 stattgefunden. Durch den Wechsel der Stelleninhaberin der Stelle mit der Stellennummer 300 00 210 zum 01.01.2023 ist nochmals eine Änderung der Aufgabenbereiche erforderlich geworden.

Der Arbeitsaufwand im Bereich der Haftpflichtsachbearbeitung hat durch Komplexität der Verfahren seit Jahren stetig zugenommen. Insgesamt entstehen immer längere Bearbeitungszeiten bei der Sachbearbeitung. Jährlich kommen rund 400 neue Fälle der Schadenssachbearbeitung im Haftpflichtbereich hinzu. Aufgrund von Gerichtsverfahren ziehen sich Verfahren oftmals Jahre hin, bis eine abschließende Entscheidung getroffen ist. Neben den Neufällen pro Jahr sind mithin die Altfälle weiter zu bearbeiten.

Komplexer geworden sind auch die allgemeinen Fragen aus der Gesamtverwaltung zum allgemeinen Haftungsrecht, zum Deckungsschutz beim Kommunalen Schadenausgleich und zu anderen Versicherungen. Neben schriftlichen Anfragen gibt es eine Vielzahl von mündlichen Abstimmungen und Anfragen. Hier sind oftmals umfangreiche Sachverhaltsaufklärungen sowie Abstimmungen, teilweise mit mehrfachen Rückfragen, mit dem KSA und anderen Versicherungsträgern erforderlich.

Die Stellenanteile im Bereich der Sachbearbeitung der Versicherungen, insbesondere der Haftpflichtversicherungen, waren seit längerem nicht auskömmlich. Die Haftpflichtsachbearbeitung wurde bis zum Jahre 2019 allein in der Stelle 300 00 150 wahrgenommen. Diese „Einzelkämpferposition“ hat dazu geführt, dass während krankheits- und urlaubsbedingter Abwesenheitszeiten keine adäquate Vertretung erfolgen konnte, weil die Vertretung ein anderes Sachgebiet bearbeitete. Dieser Zustand war sowohl im Hinblick auf die Fürsorgepflicht gegenüber der Stelleninhaberin, die sich nach den Abwesenheitszeiten mit entsprechenden Rückständen konfrontiert sah, als auch in der Außendarstellung, wenn seitens der Geschädigten Fragen gestellt wurden, nicht mehr hinnehmbar. Es bestanden zudem erhebliche Überstunden und Resturlaub.

Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitsbelastung, der Überstunden und der Schaffung einer unter Fürsorgegesichtspunkten vernünftigen Vertretungsregelung, sind Teile der Sachbearbeitung Haftpflichtschäden aus der Stelle 300 00150 auf die Stelle 300 00 160 sukzessive übertragen worden.

In dem neuen Aufgabenzuschnitt der Stelle 300 00 210 sind Aufgaben aus dem ursprünglichen Stelleninhalt (administrative Aufgaben Datenschutz 25%) und überwiegend die Aufgaben aus der Stelle 300 00 160 enthalten.

Die Arbeitsbelastung im Bereich des Datenschutzes wird weiter beobachtet und falls erforderlich hier nachgesteuert.

Im Ergebnis ist der Mehrbedarf um 0,3 auf der Stelle 300 00 210 aufgrund der oben dargestellten Entwicklung im Versicherungsbereich, und damit Mehrbedarf auf der Stelle von 300 00 160 mit der Folge der Umverteilung der Aufgaben aus dieser Stelle in die Stelle 300 00 210 erforderlich.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

